

Schweiz

## Fehlendes Personal bremst E-Government

**[18.10.2012] E-Government ist in den Schweizer Kantonen zwar auf dem Vormarsch, allerdings wird der Ausbau durch fehlende Personalressourcen gebremst. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Verwaltung und E-Government 2012“ des Forschungsinstituts gfs.bern.**

Die Schweizer Kantone legen bei der Umsetzung von E-Government mehrheitlich eine hohe Dynamik vor. Eine große Hürde für den Ausbau der E-Government-Angebote sind aber die nach wie vor fehlenden Personalressourcen. Diese gelte es aufzustocken, die Verantwortlichkeiten auf Bundes- und Gemeindeebene besser zu regeln und die Kenntnis über die gesetzlichen Grundlagen zu optimieren. Zu dieser Schlussfolgerung kommt die Studie „Verwaltung und E-Government 2012“, für welche das Institut gfs.bern im Auftrag des Informatiksteuerungsorgans des Bundes seit 2008 jährlich Kantone, Gemeinden und Bundesämter befragt. Wie der Studie weiter zu entnehmen ist, haben alle Verwaltungsebenen ihre Online-Kontaktmöglichkeiten nun flächendeckend ausgebaut, die Nutzung von Social Media ist insbesondere bei Kantonen und Bund bereits ein wichtiger Aspekt im E-Government-Portfolio. Bei den Gemeinden wird sozialen Medien zwar weniger Bedeutung beigemessen, im Vergleich zu 2010 werden sie aber auch dort vermehrt als Informationskanal genutzt. Vorreiter sind die Kantone, was das Vorhandensein einer übergeordneten E-Government-Strategie betrifft. Noch keine große Rolle in den Schweizer Verwaltungen spielt der Studie zufolge das Thema Open Data.

(bs)

Die Studie zum Download

Stichwörter: Politik, Studie, Schweiz, International, gfs.bern